

Stuttgart, 03.02.2015

Projekt Fachplanung zu "Gesund älter werden" in Stuttgart

Beschlußvorlage

Vorlage an	zur	Sitzungsart	Sitzungstermin
Sozial- und Gesundheitsausschuss	Vorberatung	öffentlich	23.02.2015
Verwaltungsausschuss	Beratung	öffentlich	04.03.2015
Gemeinderat	Beschlussfassung	öffentlich	05.03.2015

Beschlußantrag:

1. Dem Projekt Fachplanung "Gesund älter werden in Stuttgart" wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung des Gesundheitsamtes wird ermächtigt, eine/einen Gesundheits- und Sozialplaner/-in in EG 13 ab 1. Februar 2015 für 12 Monate in Teilzeit (50 %) ohne Blockierung von Planstellen zu beschäftigen.
3. Die Personalkosten einschließlich Sach- und Arbeitsplatzkosten werden durch einen Landeszuschuss in Höhe von 50.000 Euro voll gedeckt.

Kurzfassung der Begründung:

Ausführliche Begründung siehe Anlage 1

Die Landeshauptstadt Stuttgart hat sich an der Ausschreibung des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg zum Fachplan Gesundheit beteiligt. Zielsetzung ist es, den Planungscharakter der Gesundheitskonferenzen in der Kommune herauszuarbeiten und zu stärken.

Mit Bescheid vom 28. November 2014 hat das Ministerium diesen Antrag bewilligt. Der Projektzuschuss des Landes beträgt 50.000 Euro für den Zeitraum vom 1. Dezember 2014 bis 28. Februar 2016. Die Fördermittel sollen für eine befristete Stelle im Gesundheitsamt, Sachgebiet Strategische Gesundheitsförderung, verwendet werden.

Gesundheitsförderung und Prävention werden, nach derzeitigem Wissensstand, zentrale Herausforderungen für die Kommunen sein. Komplexer werdende Aufgabenstellungen und Aufgabenerweiterungen im Gesundheitssektor erfordern eine innovative Grundeinstellung in allen Lebensbereichen. Das bedeutet im

fachlichen, technischen und auch im sozialen Bereich eine stetige Anpassung an geänderte Anforderungen. Dazu gehören u. a. der systematische Erwerb erweiterter Kompetenzen sowie die konsequente Aneignung neuer fachlicher Perspektiven zu den Themen der Gesundheitsförderung und der Gesundheitsplanung, und zwar träger- und ämterübergreifend.

Damit sind die Kommunen aufgefordert, eine zeitgemäße kommunale Gesundheitspolitik und -verwaltung zu gestalten, um eigene Gesundheitsbelange durchzusetzen. Dies geschieht mit abgestimmten thematischen Gewichtungen und Priorisierungen, mit einem größeren Maß an Transparenz sowie mit fachlich erörterten und auf Kooperation und Partizipation bauenden Ziel- und Handlungskonzepten.

Die Ziele bei der Erstellung eines Fachplans sind:

Inhaltlich

- Der Gesundheitsstatus aller Bürgerinnen und Bürger, unabhängig von sozialer Lage, Herkunft und Geschlecht, soll erhalten und verbessert werden.
- Verbesserung der Rahmenbedingungen in den Bereichen Gesundheitsförderung und Prävention, medizinische Versorgung und Pflege.

Strukturell

- Systematische und langfristige bedarfs- und sozialraumorientierte Planung, Steuerung und Kommunikation von Gesundheitsbelangen auf Stadt- und Stadtteilebene.
- Optimierte Zusammenarbeit behördlicher Arbeitsbereiche in der Landeshauptstadt Stuttgart sowie Beteiligung von Experten (z. B. Mitglieder der Kommunalen Gesundheitskonferenz, Gesunde-Städte-Netzwerk, u. a.) und der Bevölkerung.
- Unterstützung des Gesundheitsamtes und der Kommunalen Gesundheitskonferenz beim bedarfsorientierten und systematischen Einsatz von Ressourcen (Steuerungsinstrument der örtlichen Gesundheitsaufgaben) und Erhöhung der politischen Akzeptanz.
- Stärkung des Bewusstseins für das Thema Gesundheit im intersektoralen Dialog „health in all policies“.

Ausgangslage in Stuttgart

Die Stuttgarter Gesundheitskonferenz hat sich im letzten Jahr mit dem Themenschwerpunkt „Gesund älter werden“ beschäftigt. Der demographische Wandel sowie die speziellen Herausforderungen und Bedingungen eines großstädtischen Lebensraumes, mit seiner dichten Wohnbebauung, einem hohen Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund, der engen Verknüpfung von Gesundheit und sozialer Benachteiligung und andere Themen, erfordern eine detaillierte und aufeinander abgestimmte Vorgehensweise und Planung. Die Ansätze hierzu sind vorhanden, doch stehen alle Beteiligten hier noch am Anfang.

Eine systematisierte Planung ist in diesem Feld bislang noch nicht vorhanden.

Die Stadt Stuttgart bewarb sich deshalb bei der Ausschreibung des Fachplans Gesundheit unter der Rubrik „Gesundheitsförderung und Prävention“ mit dem Schwerpunktthema „Gesund älter werden“ sowie mit einer zusätzlichen Schnittstelle zum Thema „Pflege“. Auf Basis des Alterssurveys und der Planung, Durchführung und Nachbearbeitung des Themas „Gesund älter werden“ im Rahmen der Stuttgarter Gesundheitskonferenz haben sich zahlreiche Kontakte und Schnittmengen zu anderen Ämtern wie auch zu Trägern der Wohlfahrtshilfe und weiteren Organisationen ergeben. Besonders intensiv war und ist die Zusammenarbeit mit dem Sozialamt, das sowohl durch seine fachliche Zuständigkeit für Planung und Organisation im Bereich der Altenhilfe, seine Kontakte zu Trägern und Einzelpersonen, wie auch durch seine fachlichen Beiträge, zum Gelingen der Gesundheitskonferenz beigetragen hat.

In einem nächsten Schritt soll es darum gehen, die einzelnen aufgegriffenen Fäden und Kooperationen unter dem Blickwinkel der systematischen Planung nachhaltig zu festigen. Bisher gibt es viele kleinere und größere Verbindungen in der Zusammenarbeit zwischen dem Gesundheitsamt und dem Sozialamt, die einen „Projektstatus“ haben. Außerdem wurde bislang nur „stadtweit“ das Thema Gesundheitsförderung im Alter betrachtet. Eine detaillierte Planung insgesamt sowie die notwendige Detailplanung auf Stadtteilebene, die auf Basis einer eingehenden Gesundheitsberichterstattung und unter Beteiligung von Fach- und Bürgerdialogen stattfindet, wurde bislang noch nicht durchgeführt (Ausnahme: Speziell das Thema Bewegungsförderung im Stadtteil Mönchfeld im Rahmen der Gesundheitsdialoge).

Dies ist ein nächster Schritt zur Qualitätsentwicklung in der Gesundheitsförderung, von der die Stadt Stuttgart, nach derzeitigem wissenschaftlichem Kenntnisstand, eine besonders nachhaltige Wirkung erwartet. Eine gezielt thematisierte und festgelegte Fachplanung hätte eine Wirkung sowohl nach innen (systematisierte, verbesserte und abgestimmte Gesundheitsplanung, verbesserte Ressourcen- und Einsatzplanung, verbesserte Zusammenarbeit verschiedener Ämter und Trägerorganisationen) sowie eine Wirkung nach außen durch eine strukturierte und planerische Vorgehensweise unter Einbeziehung der Bedarfe und Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger und der vor Ort tätigen Institutionen.

Basierend auf einer gut abgestimmten Fachplanung soll es jetzt darum gehen, die begonnenen Entwicklungen zu analysieren, zu bewerten und ggf. in feste Strukturen zu überführen mit dem Ziel, in eine nachhaltige, fachlich fundierte Planung zu Gesundheitsförderung im Alter in Stuttgart zu kommen.

Zielsetzungen nach innen

- Strategische und operative Planungsgrundlagen schaffen bzw. die Zusammenarbeit optimieren.
- Verbesserungspotentiale erkennen, Interventionsnotwendigkeiten herausstellen, Schnittstellenprobleme beheben (Verbesserung der organisationsinternen und interkommunalen Zusammenarbeit).

- Zielgerichtete Planung als wesentlichen Teil des kontinuierlichen Verbesserungsprozesses über den Projektstatus hinaus etablieren.
- Zusammenführung und Darstellung der Datenlage zur gesundheitlichen Lage der älteren Menschen in einem Stadtteil optimieren (z. B. durch anschauliche Karten) sowie den evidenzbasierten Ausbau der Gesundheitsberichterstattung, stadtteilorientiert, als Planungsgrundlage etablieren.
- Einbindung der Aspekte von Gesundheitsförderung und Prävention in bestehende oder neu zu schaffende (räumliche) Planungsverfahren.
- Ausbau von Fach- und Bürgerdialogen zu Gesundheitsthemen in bestehende oder neu zu schaffende Planungsverfahren.
- Erreichbarkeit vulnerabler Gruppen der Gesundheitsförderung (z. B. sozial benachteiligte Personen und Familien, Menschen mit Migrationshintergrund) erhöhen.

Zielsetzungen nach außen

- Auswirkungen des Demografischen Wandels begegnen.
- Vorhandene Maßnahmen und Angebote zur Gesundheitsförderung im Stadtteil ausbauen bzw. neu installieren.
- Mit Hilfe der Beteiligungsverfahren das Bewusstsein für das Thema Gesundheit in der Bevölkerung stärken sowie spezifische Maßnahmen innerhalb und außerhalb des Gesundheitssektors aufbauen und nachhaltig verankern.
- Überprüfung, inwieweit die pflegerische Versorgung im Stadtteil für die Bürgerinnen und Bürger ein Thema ist.
- Bekanntmachen der vor Ort bestehenden Einrichtungen. Überprüfung der Öffnung von Pflegeeinrichtungen für die Bewohner des Stadtteils.
- Aufbau von Netzwerken im Stadtteil zur nachbarschaftlichen Unterstützung bei beginnendem Hilfebedarf im Vorfeld der Nutzung von professionellen Hilfs- und Pflegeleistungen.

Für die hier beschriebene Fachplanung hat das Gesundheitsamt die Federführung. Eine Kooperation mit dem Sozialamt wurde vereinbart. Weitere Ämter werden hinzugezogen, wenn ein Pilotstadtteil ausgewählt wurde und die Bedarfslage in dem Stadtteil geklärt ist. Über die Gesundheitskonferenz besteht zu weiteren Ämtern, wie dem Amt für Sport und Bewegung, dem Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung, dem Amt für Umweltschutz etc. eine gute Zusammenarbeit.

Externe Träger, wie z. B. die Wohlfahrtsverbände, werden ebenfalls einbezogen.

Folgende Netzwerke/ Institutionen/ Initiativen/ Gremien (z. B. „Gesund aufwachsen und leben in Baden-Württemberg“ und „Gesunde Städte“ -Netzwerk) werden eingebunden:

- Stuttgarter Gesundheitskonferenz (Beirat)
- AK Gesund älter werden (Zentraler Facharbeitskreis mit wichtigen Institutionen in diesem Arbeitsfeld im Rahmen der Stuttgarter Gesundheitskonferenz)
- Gesund aufwachsen und leben in Baden-Württemberg (LGA)
- Gesunde Städte Netzwerk (z. B. bereits im Rahmen einer Fachtagung am 6. und 7. November 2014 in Hamburg)
- (Weitere Gremien nach Bedarf und Themenstellungen, wie z. B. der Runde Tisch des Amtes für Sport und Bewegung, u. a.)
- Sozial- und Gesundheitsausschuss des Gemeinderats.

Finanzielle Auswirkungen

Die finanzielle Unterstützung des Landes von 50.000 Euro wird eingesetzt für eine/n zusätzliche Gesundheits- und Sozialplaner/-in im Bereich der Gesundheitsplanung/ Gesundheitsförderung, insbesondere bei der Durchführung der stadtteilorientierten Fach- und Bürgerdialoge (Planung, Organisation und Durchführung, Moderation, Finanzierung, Dokumentation) sowie zur Unterstützung, Dokumentation und Ergebnissicherung des Gesamtprojektes. Eine 0,5 Stelle in EG 13 entspricht ca. 46.000 Euro (Kosten eines Arbeitsplatzes).

Mit den verbleibenden Mittel in Höhe von 4.000 Euro können die anfallenden Sachkosten, (z. B. Raumkosten, Catering, Moderation, Einladungsschreiben, Projektdokumentation etc.) finanziert werden. Eigenmittel der Landeshauptstadt sind insofern nicht erforderlich.

Die weiteren personellen Ressourcen für das Projekt (Projektmanagement, Gesundheitsberichterstattung, Austausch auf Landesebene, Gesundheitsförderungsplanung, etc.) werden das Gesundheitsamt (mit bestehendem Stellenanteil von insgesamt 55 %, Gesundheitsberichterstattung und Gesundheitsplanung) und die anderen beteiligten Ämter als Eigenmittel im Rahmen ihrer vorhandenen personellen Möglichkeiten zur Verfügung stellen.

Beteiligte Stellen

Die Referate WFB und AK haben die Vorlage mitgezeichnet.

Isabel Fezer
Bürgermeisterin

Anlagen
